

**Tagesordnung II Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 17. November 2016**

Antrags-Nr. 16-F-05-0012

**Eine neue Generation Wiesbaden - Bessere Vermarktung des Wissenschaftsstandortes  
Wiesbaden in der Region Rhein-Main steigern  
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 14.09.2016 -**

Wiesbaden soll eine Brennzelle von innovativen Ideen werden. Hierzu müssen die Potenziale und Vorteile der Landeshauptstadt Wiesbaden überregional erkannt und etabliert werden.

Mit jeder gelungenen Neugründung entstehen drei bis fünf Arbeitsplätze. Doch der Start in die Selbstständigkeit verlangt gründliche Vorbereitung. Essentiell ist daher, dass die entsprechenden Bildungseinrichtungen gezielt für den Weg in die berufliche Selbstständigkeit aufklären.

Entsprechende Projekte laufen bereits in vielen Städten erfolgreich. Diese Beratungs- und Förderprogramme sind in zielgerichteter Kooperation mit den maßgeblichen institutionellen Akteuren, wie z.B. der Industrie- und Handelskammer und ortsansässigen Wirtschaftsverbänden weiterzuentwickeln.

Das Potential an jungen Existenzgründern, das z.B. mit der Rhein-Main Hochschule und den anderen Hochschulen Wiesbadens gegeben ist, sollte im Interesse der Studierenden und der Landeshauptstadt Wiesbaden gefördert und gebündelt werden. Um diesen Absolventen ein attraktives Umfeld für den Berufseinstieg zu schaffen, gilt es, Wiesbaden für Unternehmen und Unternehmensgründung interessant zu machen. Aus diesem Grund benötigt Wiesbaden eine Existenzgründerinitiative für Spin-Off-Unternehmen der Hochschulen in Kooperation mit der IHK und weiteren ortsansässigen Wirtschaftsverbänden. Die Spin-Off-Unternehmensgründer sollten sich bei der Stadt bewerben können und nach kritischer wirtschaftlicher Prüfung entsprechend gefördert werden. Die Unternehmensgründungen sind wichtige Bestandteile für einen Innovationspark und Grundstein eines #Wiesbadenvalleys.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1) Um den Hochschulstandort Wiesbaden auch überregional sichtbar zu machen, möge der Magistrat ein Konzept vorlegen, wie und mit welchen Mitteln er gedenkt die Attraktivität des Hochschulstandortes zu steigern.
- 2) Der Magistrat wird gebeten, um Wiesbaden als Wissenschaftsstandort fest zu etablieren und den hier ansässigen Hochschulen die nötigen Rahmenbedingungen zur Entwicklung von Innovationen zu ermöglichen, Vorschläge auszuarbeiten. Hierbei soll insbesondere aufgezeigt werden, wie eine tiefere Kooperation zwischen in Wiesbaden ansässigen Unternehmen und Forschungseinrichtungen der Hochschulen ermöglicht werden kann. Weiterhin soll dargelegt werden, welche Rahmenbedingungen die Landeshauptstadt Wiesbaden zusätzlich schaffen kann, um Spin-Offs aus den Hochschulen zu unterstützen und fördern zu können.
- 3) Der Magistrat wird zudem gebeten, darzulegen, wie die notwendigen finanziellen Möglichkeiten - in Kooperation mit der IHK und weiteren ortsansässigen Wirtschaftsverbänden - erfolgen kann.

---

**Änderungsantrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 22. September 2016**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

- 1) Um den Hochschulstandort Wiesbaden auch überregional sichtbar zu machen, möge der Magistrat unter Einbeziehung der ortsansässigen Hochschulen ein Konzept vorlegen, wie und mit welchen Mitteln er gedenkt die Attraktivität des Hochschulstandortes zu steigern.
- 3) wird gestrichen

---

**Beschluss Nr. 0371**

1. Um den Hochschulstandort Wiesbaden auch überregional sichtbar zu machen, möge der Magistrat unter Einbeziehung der ortsansässigen Hochschulen ein Konzept vorlegen, wie und mit welchen Mitteln er gedenkt die Attraktivität des Hochschulstandortes zu steigern.
2. Der Magistrat wird gebeten, um Wiesbaden als Wissenschaftsstandort fest zu etablieren und den hier ansässigen Hochschulen die nötigen Rahmenbedingungen zur Entwicklung von Innovationen zu ermöglichen, Vorschläge auszuarbeiten. Hierbei soll insbesondere aufgezeigt werden, wie eine tiefere Kooperation zwischen in Wiesbaden ansässigen Unternehmen und Forschungseinrichtungen der Hochschulen ermöglicht werden kann. Weiterhin soll dargelegt werden, welche Rahmenbedingungen die Landeshauptstadt Wiesbaden zusätzlich schaffen kann, um Spin-Offs aus den Hochschulen zu unterstützen und fördern zu können.
3. Der Magistrat wird zudem gebeten, darzulegen, wie die notwendigen finanziellen Möglichkeiten - in Kooperation mit der IHK und weiteren ortsansässigen Wirtschaftsverbänden - erfolgen kann.

(antragsgemäß Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung 08.11.2016 BP 0054)

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2016  
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .11.2016  
im Auftrag

Dezernat I i.V.m. Dezernat III  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Bock